

## Buchbesprechungen

*Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.)*  
KÄMPFE UM MIGRATIONSPOLITIK. Theorie, Methode  
und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld  
2014, transcript, 304 S., 24,99 EUR.

Ziel des vorgestellten Buches ist eine Analyse des europäischen Migrations- und Grenz(kontroll)regimes und der damit verbundenen Transnationalisierungsprozesse des Staates. Dazu wurde eine Forschungstheorie und -methode erarbeitet, die als „historisch-materialistische Politik-analyse“ (HMPA) bezeichnet und in zahlreichen Fallbeispielen umgesetzt wird. Gegliedert ist das Buch in vier Abschnitte, die aufeinander Bezug nehmen, aber auch einzeln gelesen werden können. Der erste Teil des Buchs stellt theoretische und methodische Zugänge vor, die im zweiten Abschnitt anhand von drei Länderstudien und im dritten Abschnitt mit Beiträgen zum Wechselverhältnis zwischen nationalstaatlichen Migrationspolitiken und europäischem Grenzregime empirisch belegt werden.

Das Buch basiert auf einem 2009 bis 2013 durchgeführten Forschungsprojekt am Frankfurter Institut für Sozialforschung und an der Universität Marburg. Der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ gehörte unter anderem Sonja Buckel an.

Der Text beginnt mit einer Heranführung an materialistische Staatstheorie, die den Staat als durch gesellschaftlichen Auseinandersetzung entstandenes Kräfteverhältnis begreift. So wie sich der Staat aus zahlreichen Staatsapparaten mit widersprüchlichen Interessen zusammensetzt, kann auch Europa nur als „europäisches Staatsapparate-ensemble“ (S. 38) verstanden werden, welches nationale, europäische und transnationale Apparate beinhaltet. Gemeinsam ist diesen das Interesse an der Reproduktion des europäischen Kapitalismus. Die zentrale Frage der AutorInnen ist, wieweit es durch die Hegemonie des Neoliberalismus „zu einem strategischen Bruch mit dem nationalen Staatsprojekt des Fordismus kam“ (S. 83) der mittels Transnationalisierung zum besagten europäischen Staatsapparate-Ensemble führte und ob bzw. wie sich das Staatsprojekt Europa dadurch entwickeln konnte.

Alle nationalen Angelegenheiten im Kontext mit Migration werden zu europäischen, letztlich globalen Herausforderungen und sind eng miteinander verwoben. Um die „Überkomplexität“ (S. 53) empirisch fassen zu können, werden politische Prozesse in drei Schritten untersucht: Kontextanalyse, Akteursanalyse und Prozessanalyse. Im Mittelpunkt stehen entweder „gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, apparative Verdichtungen in politischen Apparaten und im Staat, oder in den juristischen Apparaten“ (S. 53), der Fokus hängt vom Untersuchungsgegenstand und -interesse ab. Die AutorInnen sind sich jedoch bewusst, dass aufgrund mangelnder Ressourcen wohl in

kaum einem Forschungsprojekt die Analyse aller Aspekte in die notwendige Tiefe gehen kann und daher Prioritäten zu setzen sind.

Die Länderstudien stehen für unterschiedliche Ausformungen des Grenzregimes und arbeiten exemplarisch zentrale Konstellationen und Muster heraus: Deutschland und seine restriktiven Migrationspolitik, Spanien und der Trend zur Vergemeinschaftung und Großbritannien mit dem Wunsch nach intergouvernementalen Regelungen. Die Schlüsselkonflikte, welche zur Verschiebung in Richtung des Migrationsmanagements beitrugen, waren „Momente des Umbruchs“ (S. 89): Deutschland und der Asylkompromiss Anfang der 1990er-Jahre, die sogenannten „Sangatte-Krise“ in Großbritannien rund um die heimlichen Tunnel-Einreisen ab 2001 bis zur erzwungenen Schließung der dadurch entstandenen Lager in Frankreich 2003, und in Spanien die „Cayuco-Krise“ 2006 aufgrund der Ankunft von etwa 30.000 MigrantInnen auf den Kanarischen Inseln. Wer nun glaubt, dass die Autoren der Länderstudien in einen „methodologischen Nationalismus“ verfallen würden, ist fehlgeleitet, denn die Beiträge zu Deutschland (John Kannankulam), Großbritannien (Fabian Georgi) und Spanien (Sebastian Wolff) zeigen nicht nur die „Ver- bzw. Auslagerung von Staatlichkeit auf sub- und suprastaatliche Ebenen, sondern deren gegenseitige Durchdringung“ (S. 90).

Der erste Block der Fallstudien beschreibt die „Genese der europäischen Grenze“, aber auch die Erfolge ihrer Bekämpfung auf juridischem Terrain:

Ein informativer Text widmet sich der „Dublin-II-Verordnung“. Diese bedeutet für undokumentiert eingereiste Asylsuchende, dass sie ihren Asylantrag in jenem europäischen Land stellen müssen, das sie zuerst betreten haben, und gegebenenfalls aus anderen Ländern wieder dorthin abgeschoben werden. Durch strategische Klagen antirassistischer Initiativen und NGOs konnte 2011 eine Einschränkung der Abschiebungen von MigrantInnen am Beispiel Griechenland erreicht werden und damit ein Hinterfragen der Funktionsweise dieser Regelung. Der Artikel vermittelt ein gutes Beispiel dafür, dass und wie veränderbar migrationspolitische Regelungen sind. Das Resümee der Autoren ist, dass „jede verhinderte Abschiebung und jede Lücke im Grenzregime ein kleiner Triumph“ ist (S. 167).

Mit FRONTEX, der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“, beschäftigt sich in weiterer Artikel. Europas Grenzen werden zunehmend nach außen bzw. in die südlichen Staaten aus- und vorverlagert. Der Beitrag zeigt die wechselhafte Entstehungsgeschichte auf und verdeutlicht, wie FRONTEX als „verlängerter Arm der Mitgliedsstaaten einerseits und Europäisierungsmotor der Grenzkontrolle andererseits“

(S. 170) fungiert.

Im zweiten Block der Fallstudien, betitelt mit „Arbeitskraftregime“, werden die beiden konträren Seiten des Migrationsmanagements anhand der elitären Migration via „Blue Card“ und der prekären „Care-Arbeit“ dargestellt. Die Begrenzung unerwünschter Migration, aber gleichzeitige Ausnutzung illegalisierter Arbeitskräfte wird mit der neoliberalen Forderung nach der gezielten Anwerbung von (hoch-)qualifizierten MigrantInnen verbunden. Die Europäisierung der Migrationspolitik bedeutet also eine „Gleichzeitigkeit von Grenzziehung und Grenzöffnung“ (S. 17) und wird auch als „Re-Bordering“ bezeichnet. Hier werden die gescheiterten Bemühungen der Europäischen Kommission um die Homogenisierung nationaler Arbeitskraftregime und die letztlich errungene Kompetenz für zukünftige „substantielle Europäisierung dieses Politikbereichs“ (S. 224) geschildert.

Saida Ressel, die einzige weibliche Autorin mit eigenem Artikel, beschäftigt sich mit Care-Arbeit und intersektionalen Differenzierungen in Spanien innerhalb des Akteurs Gewerkschaft. Sie untersucht, wie die Transformation der spanischen Gesellschaft neue Wirksamkeiten von alten Herrschaftsverhältnissen entlang der Achsen von Migration, Klasse und Geschlecht hervorbrachte und widersprüchlichen Strategien und Kämpfe um Hegemonie innerhalb der Gewerkschaften erzeugte.

Zusammenfassend bietet das Werk einen exzellenten Überblick über die Entwicklung europäischer Migrationspolitik. Das Buch ist klar strukturiert, der Aufbau auf der gemeinsamen Grundlage der HMPA und zahlreiche Verweise innerhalb der Buchbeiträge ermöglichen gekonnt zusätzliche Verknüpfungen und Vertiefungen. Die Länderwie Fallstudien zeigen die fatalen Auswirkungen des Migrationsmanagements auf, welchem es auf vielfältige Weise gelingt, das konservative mit dem neoliberalen Hegemonieprojekt zu verknüpfen. Die faktenreiche und durchdachte Analyse zunehmend fragmentierter und widersprüchlicher Migrationspolitiken zeigt das Potenzial der propagierten HMPA auf, und will kritische und kämpferische Wissenschaftsperspektiven ermutigen, sie für weitere Politikfelder zu nützen, in denen vergleichbare Kämpfe um Hegemonie ausgetragen werden.

*Irene Messinger (Wien)*  
*irene.messinger@univie.ac.at*

*Branislav Radeljić (Hg.)*

EUROPE AND THE POST-YUGOSLAV SPACE. Farnham 2013, Ashgate, 225 S., 93,37 EUR.

Der in London Sozialwissenschaften lehrende Herausgeber zeigt in seinem einleitenden Kapitel, dass Demokratisierung und Europäisierung in den postjugoslawischen Staaten in unterschiedlichen Geschwindigkeiten ablaufen und

dass etwas, was in einem Land erfolgreich ist, in einem anderen nicht zwingend funktionieren muss. Fesselnder als die als Einleitung notwendige Überblicksdarstellung sind jedoch manche der Beiträge von Dissertanten und Postdocs aus allen postjugoslawischen Staaten. Der Herausgeber betont, dass die SozialwissenschaftlerInnen zwar alle aus den jeweiligen Republiken stammen, aber eine Zeit im Ausland verbracht haben, was ihnen eine größere Distanz zum Gegenstand ermöglicht – die neun Beiträge lösen das tatsächlich weitgehend ein.

So zeigt Damjan Mandelc, dass das Musterland Slowenien seinen EU-Integrationskurs als völligen Bruch mit dem jugoslawischen Erbe vollzog. Während ItalienerInnen und UngarInnen als Minderheiten anerkannt und unterstützt wurden, „vergaß“ man ZuwandererInnen aus den anderen jugoslawischen Republiken im besten Fall, was sich etwa in der Unmöglichkeit äußerte, orthodoxe Kirchen oder Moscheen zu errichten. Oder man betrachtete sie als Instrumente der „Jugoslawisierung“, was 1992 dazu führte, dass 25.000 Menschen aus dem EinwohnerInnenverzeichnis Sloweniens gelöscht wurden, ohne dass die Behörden sie darüber informierten, sodass nur ein sofortiges Ansuchen um eine slowenische Staatsbürgerschaft sie vor der Illegalität bewahren konnte. Erst 2010 – nach einer Klage der „Gelöschten“ beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – schloss Slowenien dieses dunkle Kapitel.

Antonia Petričušić und Ljubomir Mikić bewerten im Beitrag über die nach Kroatien zurückkehrenden Flüchtlinge die Rolle der EU in Bezug auf Fortschritte im interethnischen Zusammenleben durchwegs positiv. Sie weisen auf die interessante Tatsache hin, dass die meisten SerbInnen, die Kroatien 1995 in einem „Exodus“ (S. 72) während der militärischen Rückeroberung der Krajina verlassen hatten, bereits in den Jahren danach zurückkehrten. Dies, obwohl die Bedingungen in den 1990er-Jahren äußerst ungünstig waren (in Bezug auf Minen, Strom- und Wasserversorgung sowie Verkehrsverbindungen) und sich die Sicherheitslage noch nicht stabilisiert hatte. Morde an den in der Krajina zurückgebliebenen, vor allem an alten SerbInnen erwähnen die AutorInnen nicht. Auch ihre Charakterisierung Kroatiens während der Präsidentschaft von Franjo Tuđman (1990–1999) wirkt vorsichtig: Die EU habe festgestellt, dass Fragen wie Demokratisierung, Menschen- und Minderheitenrechte sowie Rechtsstaatlichkeit in Kroatien nicht adäquat behandelt wurden (S. 66). Wie autoritär Tuđman regierte, erfahren wir vom Herausgeber und über die aggressive Politik gegenüber Bosnien-Herzegowina aus dem Beitrag über letzteres Land.

Die Rolle der EU in Bezug auf jene beiden postjugoslawischen Staaten, die ebenfalls bereits in Beitrittsverhandlungen getreten sind, wird in dem Band ambivalenter geurteilt. Mazedonien war zwar zunächst Vorreiter in Sachen EU-Integration, doch nun würden laut Simonida Kačarska nicht nur der Namensdisput mit Griechenland und Rückschritte beim Reformprozess die Beitrittsbemühungen ausbremsen. Die Autorin verortet das Hauptpro-

blem in der Vermischung zweier Funktionen, die die EU im Land ausübe: einerseits als Integrationsinstitution, andererseits aber zugleich immer noch als friedenssichernde Instanz, die nach den bürgerkriegsähnlichen Zuständen 2001 mit Polizeitruppen vertreten ist und auch in den politischen Prozess eingreife. EU-VertreterInnen mischten sich laut Kačarska sogar in Wahlkämpfe ein. Der Beitrag über Montenegro beleuchtet die wechselnde Politik der EU in Bezug auf das Land, das seit 1997 eine von Serbien immer stärker getrennte Richtung einschlug. Zuweilen überbewertet Jelena Džankić darin jedoch die Rolle der EU, wenn sie etwa moniert, die EG/EU sei daran gescheitert, den Zusammenbruch Jugoslawiens zu verhindern. (S. 113)

Wie erwartet diskutieren die Beiträge über Bosnien-Herzegowina und den Kosovo vor allem die verfahrenere Situation in den beiden geteilten Ländern. Erstaunliche Zuversicht strahlen beide in Bezug auf den EU-Beitritt des jeweiligen Landes aus, der trotz einer nüchternen Analyse der Probleme bloß als eine Frage der Zeit erscheint. Dies als naiv abzutun, wäre aber angesichts fehlender realistischer Alternativen wohl fehl am Platz. Gemeinsam ist den beiden Beiträgen ferner, dass man nur aus Nebensätzen etwa über das ICTY erfährt, dass in einigen Fällen auch bosnische MuslimInnen und KosovoalbanerInnen wegen Kriegsverbrechen angeklagt wurden, während die Verbrechen von KroatInnen und SerbInnen ausführlich zur Sprache kommen. Der Beitrag über Serbien entgeht beiden Fragen, indem er sich auf eine fundierte und spannende Analyse der Einstellungen serbischer Parteien zur EU und zum Beitritt Serbiens beschränkt.

*Ljiljana Radonic (Wien)*

*E-Mail: ljiljana.radonic@oeaw.ac.at*

*Sylvia Kritzinger/Wolfgang C. Müller/Klaus Schönbach (Hg.)*

DIE NATIONALRATSWAHLEN 2013. Wie Parteien, Medien und Wählerschaft zusammenwirken.

Wien 2014, Böhlau, 262 S., 29,90 EUR.

AUTNES (Austrian National Election Studies) erstellte anhand von Inhaltsanalysen von Presseaussendungen und Inseraten der Parteien bzw. der Berichterstattung von österreichischen Medien mit großer Reichweite sowie anhand von WählerInnenbefragungen eine Studie zu den Nationalratswahlen 2013. Im Fokus dieser Analyse steht die Auseinandersetzung mit der triangulären Relation zwischen den Aktivitäten der politischen Parteien und deren SpitzenkandidatInnen, der Medienberichterstattung und dem Entscheidungsfindungsprozess der WählerInnen. Behandelt wird hauptsächlich der Wahlkampf selbst (Kap. 2–7): die Rolle der Sachthemen, der Spitzenkandidaten und der Spitzenkandidatin sowie der Einsatz

von „Negative Campaigning“, „Records“ und Koalitionsspekulationen als Mittel zur Generierung öffentlichen Interesses an der Wahl. Das erste Kapitel gibt einen Überblick über die Entwicklungen zwischen 2008 und 2013 auf Ebene des Parteienspektrums, der Medienvielfalt und der zahlreichen politischen Skandale dieser Zeit. Fast alle weiteren Kapitel sind derart aufgebaut, dass angenommene Trends bzw. sozialwissenschaftliche Theorien über Wahlabsicht, Wahlbeteiligung, Wahlverhalten und Wahlergebnisse (Kap. 8–11) anhand empirischer Daten geprüft werden, wobei sich interessante Dissonanzen, aber auch Übereinstimmungen ergaben. Beispielsweise gilt der „häufig diskutierte(n) Unterschied zwischen positiv werbenden Regierungs- und negativ werbenden Oppositionsparteien“ (S. 101) als unbestätigt. Überraschend sei auch die historisch niedrigste Wahlbeteiligung von 74,9% gewesen – obwohl der Wahlkampf spannend und das Ergebnis der Wahl sehr ungewiss waren – und die relativ große Unabhängigkeit der Medien im Aufbereiten der Parteikommunikationen. Und nicht zuletzt sei es überraschend, dass manche Parteien nicht versuchten, politisches Kapital aus ihren Kernkompetenzen oder besonderen Leistungen der Vergangenheit zu schlagen und u.a. deshalb die Themen Migration, Umwelt und Europa kaum behandelt wurden.

Die informative Beschreibung der österreichischen parteipolitischen Entwicklungen zwischen 2008 und 2013, die in die Wahlen von 2013 mündet, beantwortet schematisch eine Vielzahl an Detailfragen, was seine Vor- und Nachteile hat. Einerseits ergeben sich zwangsläufig Redundanzen durch das Abspielen gleicher oder ähnlicher Vorgehensweisen bei unterschiedlichen Untersuchungsgegenständen, andererseits ermöglicht dieses Vorgehen jedoch auch die schlüssige Verknüpfung durch die Kapitel hindurch und die vereinfachende Detailbetrachtung aus der Komplexität der Zusammenhänge heraus. Dem Buch fehlt jedoch etwas die metatheoretische Klammer und die erkenntnistheoretische Einbettung, was wohl zum einen an der verwendeten Methodik liegt und zum anderen daran, dass es mit seinem triangulären Ansatz einen bislang wenig beschrittenen Weg begeht. Ansonsten trägt es eine große Fülle an Informationen zusammen, weist eine sichtlich gut durchdachte Struktur auf und ist akribisch aufgearbeitet und gestaltet. Im Großen und Ganzen hätte jedoch die Aufschlüsselung der Einflussfaktoren im Wahlkampf (Kap. 2–7) kompakter und die Beschäftigung mit Medien und WählerInnen (Kap. 8–10) reicher ausfallen können. Obwohl der Informationsfluss von den Parteien über die Medien zu den WählerInnen sehr gut nachgezeichnet wurde, bleibt die Frage nach Rückkoppelungseffekten dazu relativ offen. Die Analyse ist eher linear aufgebaut und die Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den Elementen bleibt vornehmlich aus; insofern ist die Frage nach dem „Zusammenwirken“ nicht bis zur letzten Konsequenz verfolgt worden. Welchen Input liefern aber die WählerInnen abseits der Zustimmung oder Ab-

strafung, die sie alle fünf Jahre erteilen können? Und wie werden die Wünsche der WählerInnen von den Parteien erhoben bzw. welche Rolle spielen die Medien dabei? Die Erfassbarkeit der Haltungen der NichtwählerInnen stößt wahrscheinlich auf methodische Schwierigkeiten, wäre aber, insbesondere in jener demokratietheoretischen Perspektive, die zu Beginn und am Ende des Buches vorgebracht die Zweckmäßigkeit der Studie rechtfertigt, eine spannende Erweiterung der hier vorgelegten Basis. Weiters könnte die sog. Krise der Demokratien im 21. Jahrhundert, die zuletzt beschworen wird, auch mit dem Blickwinkel der ForscherInnen zusammenhängen. Dass Wahlen als hauptsächliche und wichtigste politische Willensäußerungen behandelt werden, und die Relevanz all dessen, was unter zivilgesellschaftlicher politischer Parti-

zipation zu rechnen ist in einer solchen Lesart ausgeblendet wird, ist etwas problematisch. Ebenso strittig ist die schließende Aufforderung „Bring politics back in!“ (S. 240). Wenn sie genauer gesagt lediglich auf Systemerhaltung abzielt, könnte sie im Prinzip als ihre eigene Negation verstanden werden. Nach eigenen Erkenntnissen war nämlich kaum je das Ergebnis einer Wahl so unvorhersehbar, waren noch nie so viele Fraktionen im Parlament vertreten, haben sich die Medien (zumindest quantitativ) noch nie zuvor mehr bemüht, über den Wahlkampf zu informieren, und wurde die Politik der Großparteien, die vielfach mit politischem Stillstand assoziiert wird, derart abgestraft.

Melanie Konrad (London)  
Email: ss302mk@gold.ac.uk



Tamara Ehs, Stefan Gschiegl, Karl Ucakar,  
Manfred Welan (Hg.)

## Politik und Recht

Spannungsfelder der Gesellschaft

facultas.wuv 2012, 457 Seiten, broschiert  
ISBN 978-3-7089-0841-0  
EUR [A] 39,- / EUR [D] 38,- / sFr 51,50 UVP

Auch als  
pdf-Download  
erhältlich!

Es gibt kein unpolitisches Recht. In Zeiten steter Verrechtlichung aller Lebensbereiche kann nicht auf eine gemeinsame, rechtspolitische Analyse verzichtet werden. Dieses Studium des Zusammenwirkens von Politik und Recht bildet international einen Eckpfeiler der sozialwissenschaftlichen

Forschung. In Österreich fehlt jedoch bisher eine profunde Analyse von Machtverhältnissen und Machtverschiebungen, des komplexen Zusammenspiels nationaler wie internationaler politischer und rechtlicher Strukturen, deren Veränderungen und ihrer gesellschaftlichen (Rück-)Wirkungen und Konsequenzen.

Ziel des vorliegenden Bandes ist es, ein Bewusstsein für die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit rechtspolitischen Fragestellungen zu schaffen.

Mit Beiträgen von Maria Berger, Erwin Buchinger, Tamara Ehs, Bernd-Christian Funk, Peter Gerlich, Stefan Gschiegl, Reinhard Heinisch, Christoph Konrath, Reinhard Kreissl, Stefan Lakonig, Heinrich Neisser, Nele Nösselt, Theo Öhlinger, Anton Pelinka, Barbara Prainsack, Caroline Récsy, Margit Schratzenstaller, Dieter Segert, Gerhard Steger, Emmerich Tàlos, Karl Ucakar, Erika Wagner und Manfred Welan.

jetzt bestellen:  
[www.facultas.at/verlag](http://www.facultas.at/verlag)

facultas.wuv 